



Medienmitteilung
Bern, 18. Mai 2022

Rettungsschirm: Marschrichtung Planwirtschaft

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt den heute beschlossenen Rettungsschirm für die Stromwirtschaft ab. Die Vorlage löst keine realen Probleme, etwa die Strommangellage. Stattdessen führt sie die Stromwirtschaft noch weiter in Richtung Planwirtschaft. Mit dem Rettungsschirm soll der Steuerzahler neu für die elementarste Managementaufgabe jeder Firma aufkommen, das Liquiditätsmanagement. Der Bundesrat begibt sich mit der Vorlage auf einen falschen Weg.

Es ist nicht die Aufgabe des Bundes, unternehmerische Risiken abzufedern. Die Vorlage «Rettungsschirm» führt zu einer Vermischung verschiedener Ebenen. Selbst wenn einige Unternehmen in der Elektrizitätswirtschaft systemkritisch wären, ist der von ihnen betriebene Stromhandel nicht systemkritisch. Noch weniger relevant für die gesamte Versorgungssicherheit sind allfällige Liquiditätsengpässe der besagten Unternehmen. Das Liquiditätsmanagement ist die elementarste Aufgabe jeder Unternehmensführung. Diese Vorlage leistet keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Schweiz mit elektrischem Strom. Hingegen baut sie die staatliche Planwirtschaft im Strombereich massiv aus und ist deshalb abzulehnen.

Der vermeintliche Schutz für einzelne Stromhändler ist der falsche Weg. Der sgv verlangt vom Bundesrat tatsächlich umsetzbare Vorschläge für die sichere Versorgung der Schweiz mit elektrischem Strom. Dazu gehört insbesondere der Abbau von regulatorischen Hemmnissen, um den Zubau von Strom-Produktionskapazitäten zu beschleunigen.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor sgv, Mobile 079 285 47 09

Henrique Schneider, stv. Direktor sgv, Funktion, Mobile 079 237 60 82

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.